

Das Liberale Bürgergeld - aktivierend, transparent und gerecht

Das Liberale Bürgergeld ist der zentrale Lösungsansatz für ein einfaches, transparentes und dadurch gerechtes Sozialsystem. Es setzt die tragenden Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft wieder in Kraft:

- das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe
- das Leistungsprinzip
- das Subsidiaritätsprinzip
- das Solidaritätsprinzip

Mit dem Bürgergeld wollen wir das soziale Netz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung und auf den ersten Arbeitsmarkt verwandeln. Dazu müssen alle steuerfinanzierten sozialen Hilfen des Staates auf die Bedürftigkeit der Bürger ausgerichtet, pauschaliert und in einem Universaltransfer, dem Bürgergeld, zusammengeführt werden. Darüber hinaus wollen wir das Bürgergeld mit der Einkommensteuer zu einem Steuer-Transfer-System aus einem Guss verbinden. Steuern und soziale Hilfen werden im Finanzamt miteinander verrechnet, so dass Bürger mit höherem Einkommen Steuern an das Finanzamt zahlen, während Bürger mit niedrigerem oder gar keinem Einkommen das Bürgergeld als eine Negative Einkommensteuer ausbezahlt bekommen.

1. Das Bürgergeld ist ein Steuer-Transfer-System aus einem Guss.

Derzeit existieren 138 verschiedene Sozialleistungen, die von 45 verschiedenen staatlichen Stellen verwaltet werden. Ziel des Bürgergelds ist es, möglichst alle steuerfinanzierten Sozialleistungen in einem

Universaltransfer zusammenzufassen. Dazu gehören:

- Grundsicherung
- Sozialhilfe
- Wohngeld
- Arbeitslosengeld II
- BAföG
- eine steuerfinanzierte Unterstützungsleistung für Kinder und für Personen mit unzureichendem Einkommen

Dieser Universaltransfer wird als Bürgergeld mit dem Steuersystem und dem Kindergeld zu einem Steuer-Transfer-System verbunden. Der überwiegende Teil aller finanziellen Beziehungen zwischen Bürger und Staat und der soziale Ausgleich zwischen Leistungsstarken und Bedürftigen finden zukünftig nach einfachen, transparenten Regeln im Steuersystem statt.

2. Das Bürgergeld ist transparent, gerecht und hilft zielgenau.

Durch die Zusammenfassung der verschiedenen steuerfinanzierten Sozialleistungen und durch Pauschalierungen wird das Sozialsystem für die Bürger endlich überschaubar und transparent.

Es wird ausgeschlossen, dass staatliche Hilfen zu Unrecht mehrfach in Anspruch genommen werden können. Außerdem bekommen nicht mehr diejenigen Hilfe, die sich im Sozialdickicht am besten auskennen, sondern diejenigen, die Hilfe wirklich brauchen. Das Bürgergeld schützt so die Bedürftigen vor den Finden und ist auch gerecht.

Bürgergeld wird nur dort gewährt, wo Bedürftigkeit durch eine Bedürftigkeitsprüfung nachgewiesen wird.

3. Das Bürgergeld wirkt aktivierend und reduziert die Arbeitslosigkeit.

Das Bürgergeld setzt das Leistungsprinzip auch im Niedriglohnbereich, der am stärksten von der derzeitigen Massenarbeitslosigkeit betroffen ist, wieder in Kraft: Derjenige, der arbeitet, bekommt spürbar mehr als derjenige, der nicht arbeitet. Dafür bedarf es fairer und zugleich durchschaubarer Hinzuverdienstmöglichkeiten.

Bei Aufnahme eines 400-Euro-Jobs verbleiben dem ALG-II-Empfänger lediglich 98 Euro. Beim Bürgergeld werden die Hinzuverdienstmöglichkeiten neu gestaltet, insbesondere werden sie für die Bruttoeinkommensbereiche bis 600 Euro deutlich erhöht.

Verbleiben dem ALG-II-Empfänger nach Hinzurechnung der gesetzlichen Abgaben und pauschalen Abzugsbeträge von 600 Euro Bruttoeinkommen gerade einmal 138 Euro, so verbleiben dem Bürgergeldempfänger dagegen 285 Euro, also nahezu die Hälfte seines Bruttoeinkommens. Beim Bürgergeld entsteht somit ein fairer und ausreichender Anreiz zur Arbeitsaufnahme.

4. Das Bürgergeld baut Bürokratie ab und ist bürgernah.

Für die Verwaltung von Sozialleistungen unterhält der Staat eine unüberschaubare Anzahl an behördlichen Einrichtungen. Allein für die Abwicklung des Kindergelds sind 16180 Familienkassen zuständig! Die Unterstützungsbedürftigkeit wird nicht einheitlich von einer Stelle geprüft, sondern mehrfach durch Sozialämter, Wohngeldstellen, Arbeitsagenturen, BAföG-Ämter etc. Es entstehen hohe Kosten, Steuergelder werden verschwendet.

Mit dem Bürgergeld hingegen wird der komplexe Sozialstaat radikal vereinfacht, Bürokratie abgebaut, die Verwaltung eingeleistet und sparsam gestaltet. Die Bedürftigkeit wird nur noch einmal erhoben, steuerfinanzierte Sozialleistungen werden im Finanzamt gebündelt und verrechnet. Die damit einhergehende Effizienzsteigerung führt zur Kostenreduktion auf der einen und zu Transparenz auf der anderen Seite.

Die Betreuung der Bürgergeldempfänger erfolgt dort, wo der notwendige persönliche Kontakt gewährleistet werden kann: auf kommunaler Ebene.

Die Anzahl der Ansprechpartner wird auf ein Minimum reduziert, Mehrfacherklärungen über Einkommens- und Vermögensverhältnisse gegenüber unterschiedlichen Ämtern entfallen.

5. Das Bürgergeld wird ergänzt durch weitere Reformen für mehr Wachstum und Beschäftigung:

- Flexibilisierung des Tarifrechts und Öffnung der Tarife nach unten, damit Arbeit mit geringer Wertschöpfung wieder nachgefragt wird.
- Betriebliche Bündnisse dürfen nicht die Ausnahme bleiben, sondern müssen zur Regel werden.
- Reform des Kündigungsschutzes, damit dieser nicht mehr zu einem Einstellungshindernis wird.
- Anhebung der Minijob-Grenze von 400 auf 600 Euro.
- Senkung der Lohnnebenkosten durch Abkopplung des Beitrags zur Pflege- und Krankenversicherung vom Lohn.
- Einführung eines einfachen, niedrigen und gerechten Steuersystems verbunden mit einem konsequenten Subventionsabbau.
- Umsetzung des Liberalen Gesundheitsmodells: Privater Krankenversicherungsschutz für alle!



Dr. Ulrich Noll MdB

Vorsitzender der FDP/DVP-Landtagsfraktion,
Sprecher für Sozialpolitik

Telefon: 0711/2063627
Telefax: 0711/2063610
E-Mail: ulrich.noll@fdp.landtag-bw.de
Internet: www.ulrich-noll.de



FDP Baden-Württemberg
Rotebühlstr. 133
70197 Stuttgart
Telefon 0711/666 18 -0
Telefax 0711/666 18 12
E-Mail: fdp-bw@fdp.de
Internet: www.fdp-bw.de

Liberales Bürgergeld

Die Kraft der Freiheit.

FDP

Die Liberalen